

Lobau-Tunnel: Symbol für eine zukunftsfeindliche Politik

Prof. Dr. Reinhold Christian*, Uni.-Prof. Dr. Michael Getzner**, em. o. Univ. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ phil. Helga Kromp-Kolb***, Univ. Prof. Dr. Bernd Lötsch**, Ing. Werner Schandl****, Markus Palzer-Khomenko*****

haben am 12.08.2021 beim Medien-Fachgespräch „Ökonomie – Ökologie – Klima – Politik“ des Forum Wissenschaft & Umwelt zum Lobau-Tunnel klar und deutlich Stellung bezogen: Stopp des Projekts Lobau-Tunnel und Stopp fossiler Infrastrukturen!

Politik muss zukunftsfähig werden!

„Eine Politik, die die Chancen künftiger Generationen verschlechtert, Handlungsoptionen verringert und die Lebensqualität bedroht ist zukunftsfeindlich. Genau dafür stehen Projekte wie der Lobau-Tunnel!“ hielt **Christian** einleitend fest.

„Die Politik ist gefordert, den durchaus ehrgeizigen Klimazielen ebenso ehrgeizige, wirkungsvolle Maßnahmen folgen zu lassen statt weiter zu machen wie bisher. Zukunftsfähigkeit braucht eine andere Politik!“ sagte Christian und fordert von der Politik

- alle Budgets, alle Rechtsgrundlagen, Projekte und Vorhaben hinsichtlich der Klimawirkung kritisch prüfen und bewerten zu lassen,
- sie ggf. zu stoppen, zu modifizieren oder durch klimaverträgliche Alternativen zu ersetzen,
- Konsequenz statt Verhinderung, Verzögerung und Verwässerung durch Lobbyismus,
- einen neuen Rechtsrahmen nicht nur für Energie zu schaffen, sondern für alle Lebensbereiche - von der Raumordnung über das Wohnrecht bis zum Verkehr – um Klima und Biodiversität zu schützen,
- Kostenwahrheit (statt nur einen CO₂-Preis) einzuführen,
- Information und Bildung adäquat für alle sichern, Bewusstsein schaffen, Motivation vermitteln.

- Das Richtige und Mögliche sofort tun oder zumindest beginnen.

Stopp fossiler Infrastrukturen!

Volkswirtschaftliche Aspekte analysierte **Getzner**. Fazit: "In ökonomischen Nutzen-Kosten-Abwägungen werden bei Straßenbauprojekten bislang die wirtschaftlichen Folgen des Landverbrauchs, der Klimakrise, und der Reduktion der Artenvielfalt nur unzureichend (oder gar nicht) berücksichtigt. Eine Einbeziehung der langfristigen Umweltkosten und ein Ernstnehmen der ohnehin schon beschlossenen Gesetze und Strategien (z.B. Reduktion des Bodenverbrauchs) müsste in Anbetracht des neuen IPCC-Berichts einen sofortigen Stopp fossiler Infrastrukturen bedeuten. Dies wird in den derzeitigen ökonomischen Bewertungsmethoden aber konsequent ausgeblendet."

„**Klimaschutz beginnt im Kopf**“ monierte **Kromp-Kolb** und erläuterte u.a.:

„Bauliche Infrastruktur, wie Tunnel, Brücken, Straßen, aber auch ganze Stadtteile bestimmen das Verhalten der Menschen auf Jahrzehnte hinaus – wir sprechen von Lock-in Effekten. Bei der aktuellen Diskussion der Projekte geht es daher vor Allem darum zu verhindern, dass das Klimaziel in weitere Ferne gerückt, zusätzlicher Boden versiegelt, Biodiversität reduziert und die soziale Kluft vergrößert wird, weil das unerlässliche Umdenken wieder verschoben wird. Nicht um Wochen oder Monate, sondern um Jahrzehnte. Wir können uns weitere Verzögerungen im Klimaschutz jedenfalls nicht leisten“, so Kromp-Kolb und betonte „Wien ist in vielen Bereichen des Klimaschutzes beispielgebend, und Österreich möchte es werden. Durchdrücken von Projekten, die konzipiert wurden, bevor die Stadt bzw. der Staat sich zu Klimazielen bekannt hatte, könnte die Wirkung anderer Maßnahmen aushebeln.“

Auch **Lötsch** plädierte für einen Großstraßen-Stopp. Das sei das Gebot der Stunde, und zwar auf Grund zahlreicher ökologischer Gefahren aber auch finanzieller und sozialer Probleme: „Immer mehr Verkehrsexperten und wachsende Bürgerinitiativen fordern die Trendwende: ‚Keine Förderung mehr einer Verkehrsform (Weitmaschiger Straßentransport), von der wir in Zukunft wegkommen müssen‘.“

Die Gründe sind – so Lötsch - zwingend und dringend:

- 1) **BODENSCHUTZ** für bioproduktive Flächen und gefährdete Naturräume, die rasant schwinden! **KLIMAZIELE** - Großstraßenbau behindert die Reduktion des Energieverbrauchs durch weitere Eskalation des Straßenverkehrs
- 2) **UNMÄSSIGE STAATVERSCHULDUNG/STAATSGARANTIEN** für Tiefbau-Investitionen - und dies zu einer Zeit, in welcher das Budget für den "Ökosozialen Umbau" und Hilfen für Geschädigte von Klimafolgen extrem gefordert sein wird.

- 3) GROSS-STRASSENBAU IST SCHLECHTE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK - da heute bewundernswerte "Roboterbaustellen" nur ein Minimum an Arbeitskräften pro verbauter €-Million benötigen.
- 4) STRASSENBAU VERSCHÄRFTE DAS VERKEHRSPROBLEM statt Verkehrslösungen anzustreben die zukunftsfähig, naturverträglich und enkeltauglich wären.

Schandl meinte: „Es ist unverantwortlich von den politisch Verantwortlichen und grob fahrlässig, in Zeiten der Klimakrise hunderte Hektar fruchtbares Ackerland mit Asphalt zu versiegeln und sich von der Klimaneutralität 2040 in Wien zu verabschieden.“

Wir und da vor allem die Jugend, erwarten uns eine nachhaltige, in die Zukunft gerichtete ‚Mobilitätspolitik‘, die den massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Donaustadt und Floridsdorf zu Grunde hat. Im 21. Jahrhundert hat die ‚Verkehrspolitik‘ der 1970er Jahre, die auf den motorisierten Individualverkehr ausgelegt war, schon lange keine Berechtigung mehr. Die eine Hälfte von Europa brennt, die andere versinkt im Wasser und die Politik in Österreich denkt, das kann man aussitzen. Dafür ist es zu spät.“

Palzer-Khomenko machte darauf aufmerksam:

"Wissenschaftler:innen rund um den Globus warnen immer eindringlicher vor der Klimakrise und ihren Folgen. Gerade diese Woche hat das IPCC einen Bericht veröffentlicht, der ein dramatisches Bild der Lage zeichnet. Projekte wie der Lobau-Tunnel sollten daran gemessen werden, welche Auswirkungen sie auf das Klima haben. Expert:innen der Scientists for Future haben das Gesamtprojekt Lobau-Autobahn, Stadtstraße und S1-Spange überprüft und festgestellt, dass es den in Widerspruch zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens, der Bundesregierung und der Stadtregierung (Klimaneutralität bis 2040) steht (<https://at.scientists4future.org/wp-content/uploads/sites/21/2021/08/Stellungnahme-und-Factsheet-Lobautunnel.pdf>)."

Rückfragen bitte an: Dr. Reinhold Christian: Tel: 01/2164120; office@fwu.at

*geschäftsführender Präsident des Forum Wissenschaft & Umwelt, **Mitglied des Vorstands des Forum Wissenschaft & Umwelt, ***Präsidentin des Forum Wissenschaft & Umwelt, ****BI Hirschstetten-Retten, *****Scientist s For Future Österreich